

# **Haushaltsrede des Bürgermeisters**

## **Tobias Leuning**

### **in der Ratssitzung am 06.10.2026**

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

---

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

heute bringe ich Ihnen den Doppelhaushalt 2027/2028 der Gemeinde Swisttal ein.

Es ist meine erste Haushaltsrede als Bürgermeister. Und ich möchte direkt zu Beginn sagen:

Dieser Haushalt ist mehr als ein Zahlenwerk. Er zeigt schonungslos, wo unsere Gemeinde steht. Er zeigt, welche Herausforderungen vor uns liegen. Er zeigt, wo die Gefahren lauern. Aber er zeigt auch, welche Zukunft wir für Swisttal gestalten wollen.

Leider gehört zur Wahrheit auch:

Der vorliegende Doppelhaushalt enthält nicht nur die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan. Er enthält auch ein erneutes Haushaltssicherungskonzept. Die Gemeinde Swisttal musste diesen Weg zwischen 2011 und 2022 schon einmal gehen. Die erneute

Haushaltssicherung ist keine Entwicklung, die wir uns gewünscht haben. Aber es ist eine Entwicklung, der wir uns ehrlich stellen müssen.

Und es ist eine Entwicklung, die wir nicht isoliert betrachten dürfen. Denn die finanzielle Situation Swisttals ist kein Einzelfall. Sie ist Teil einer Krise, die nahezu alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen erfasst hat. Aktuelle Zahlen des Städte- und Gemeindebundes NRW sowie des Städtetages NRW zeigen, wie dramatisch die Lage inzwischen ist:

Von 396 Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen schaffen im Jahr 2026 nur noch sieben einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Mehr als 98 Prozent der Kommunen gelingt das nicht mehr. 89 Städte und Gemeinden befinden sich bereits in der Haushaltssicherung. 334 Kommunen – und damit rund 85 Prozent – rechnen in den kommenden fünf Jahren mit einer mangelhaften Finanzlage.

Allein das kommunale Defizit in Nordrhein-Westfalen beläuft sich inzwischen auf rund neun Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, wenn nur noch sieben von 396 Kommunen ihre laufenden Ausgaben durch ihre laufenden Einnahmen decken können, dann reden wir nicht mehr über einzelne Fehlentwicklungen. Dann reden wir über ein strukturelles Problem. Dann reden wir über eine strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene. Deshalb möchte ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen:

Swisttal hat kein Ausgabenproblem. Swisttal hat vor allem ein Finanzierungsproblem.

Natürlich müssen wir wirtschaftlich handeln. Natürlich müssen wir Prioritäten setzen. Natürlich müssen wir kritisch hinterfragen, was notwendig und finanzierbar ist. Aber wir dürfen die Ursachen nicht verwechseln.

1) Die Städte und Gemeinden übernehmen immer mehr Aufgaben. Wir investieren in Schulen, in Kitas, in den Ausbau der Ganztagsbetreuung, in die Klimafolgenanpassung, in die Digitalisierung, in die Feuerwehr.

2) Auch für die Kommunen wird aufgrund weltweiter politisch verursachter Krisen spürbar alles teurer.

- 3) In der Vergangenheit ist zu wenig investiert worden.
- 4) Und wir stemmen weiterhin die Folgen und den Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe.

Doch die Finanzierung hält mit diesen Aufgaben nicht Schritt. Und das ist Punkt 5!

Die kommunalen Spitzenverbände weisen seit Jahren darauf hin, dass die Finanzierungsgrundlagen der Kommunen nicht mehr ausreichen. Sie fordern eine konsequentere Anwendung des Konnexitätsprinzips – kurz gesagt: Wer bestellt, muss auch bezahlen.

Denn genau hier liegt das Kernproblem. Bund und Land übertragen immer neue Aufgaben. Die Umsetzung erfolgt vor Ort. Die Rechnung bleibt jedoch immer häufiger bei den Kommunen. Und jetzt stößt auch die leistungsfähigste Kommune an ihre Grenzen.

Und die von Bund und Land getroffenen Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen sind maximal ein Tropfen auf den heißen Stein, wie das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz, das Swisttal 694.000 Euro/Jahr bringt. Bei Fehlbeträgen von 4,7 in 2027 bis 8,9 Millionen Euro in 2028.

Oder bringen Swisttal gar nichts, wie die Verlustvorträge, die uns dann mit zeitlicher Verzögerung umso härter treffen, wie die Altschuldenregelung des Landes, durch die Swisttal 1.500 € Zinsaufwand im Jahr spart, oder die erstmalige Erhöhung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz seit Mitte der 80er Jahre von 23 auf 23,5 Prozent, der allerdings nicht verhindert, dass der für die Ermittlung der Schlüsselzuweisungen ausschlaggebende Grundbetrag von 870 € (2026) auf 810 € (2027) sinkt.

Zur Einordnung: Anfang der 80er Jahre lag dieser Verbundsatz (der Steueranteil für die Kommunen) bei 28 Prozent. Die Anhebung zurück auf diesen Satz, dass wäre eine nachhaltige Lösung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kommunale Finanzkrise ist längst nicht mehr nur eine Frage von Haushaltszahlen. Sie ist eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit unseres Staates.

Wenn Bürgerinnen und Bürger erleben, dass ihre Gemeinde notwendige Investitionen verschieben muss, weil die finanziellen Spielräume fehlen, dann entsteht Frust. Wenn Straßen, Gebäude oder Sportanlagen nicht in dem Tempo saniert werden können, wie es notwendig wäre, dann entsteht Unverständnis.

Und wenn Kommunen dann die Grundsteuern erhöhen müssen, weil Bund und Land ihre und unsere Aufgaben nicht ausreichend finanzieren, dann entstehen Verärgerung und Protest.

Wenn hinter der Grundsteuer, die neue Schule, das sanierte Schwimmbad oder der Starkregenschutz stehen, dann verstehen die Leute das. Ich bin aber nicht mehr bereit, dass wir hier am Ende der Nahrungskette gefühlt die einzige staatliche Verwaltungsebene ist sind, die spart und trotzdem die Steuern erhöhen soll. Das ist purer Sprengstoff.

Besonders im Fokus habe ich hier Kreis und Landschaftsverband, die sich aus Umlagen der Kommunen finanzieren. Für die Bereitschaft und Verantwortung für Sparbemühungen ist es ein riesiger Unterschied, ob ich den Haushalt durch Steuererhöhungen aufstellen kann oder einfach durch den Griff in die Kasse der Kommunen.

Die geplante Erhöhung der Kreisumlage um 36 % oder 130 Millionen Euro bis 2030 wird wohl fast alle Kommunen des Rhein-Sieg-Kreis unmittelbar in die

Haushaltssicherung stürzen. Sie belastet unseren Haushalt in 27 zusätzlich mit 0,8 Mio. € und in 28 mit unglaublichen 1,45 Mio. Euro.

Ob globaler Minderaufwand, Personaleinsparungen, Verlustvorträge oder Haushaltssicherungskonzept, was die Kommunalaufsicht den Kommunen in die Bücher schreibt, wird selbst nicht in Anspruch genommen.

Stark steigende Kreisumlage, 10 % weniger Schlüsselzuweisung vom Land, Einbrechen der Gewerbesteuerereinnahme aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage bei weiterhin massiven Investitionsbelastungen, das sind die Rahmenbedingungen unter den wir nun gemeinsam den Haushalt beraten und verabschieden müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz aller Kritik an den Rahmenbedingungen gilt aber auch: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Bereits im Frühjahr dieses Jahres hat der Rat ein Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen. Bei der Aufstellung dieses Doppelhaushaltes wurden sämtliche Ansätze kritisch überprüft. Und auch ich habe vor der Einbringung des Haushaltsentwurfs noch einmal hier und da den Rotstift angesetzt. Mit dem Ergebnis, dass im Vergleich zum bisherigen Planungszeitraum Haushaltsansätze um bis zu 3,3 Millionen Euro reduziert werden konnten. Hinzu kommt ein globaler Minderaufwand von durchschnittlich rund 1,1 Millionen Euro jährlich.

Wir haben also nicht die Augen verschlossen. Wir haben gehandelt. Und dennoch reichen diese Maßnahmen nicht aus. Die Zahlen machen das deutlich. Im Jahr 2027 stehen Aufwendungen von 62,4 Millionen Euro Erträgen von 57,5 Millionen Euro gegenüber. Im Jahr 2028 steigen die Aufwendungen auf 63,3 Millionen Euro, während die Erträge auf 53,7 Millionen Euro zurückgehen.

Das bedeutet: Für jeden Euro, den wir 2028 ausgeben müssen, stehen uns nur rund 85 Cent an Erträgen zur Verfügung.

Die geplanten Fehlbeträge betragen rund 3,9 Millionen Euro im Jahr 2027 und rund 8,4 Millionen Euro im Jahr 2028.

Die Folgen sind gravierend. Unser Eigenkapital wird von rund 51 Millionen Euro im Jahr 2025 auf weniger als 10 Millionen Euro im Jahr 2031 sinken. Ohne Gegensteuerung droht bereits 2033 die bilanzielle Überschuldung.

Genau deshalb müssen wir ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen. Der Verwaltungsvorstand schlägt einen Konsolidierungszeitraum von elf Jahren vor – bis zum Jahr 2037.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer nun glaubt, ein Haushalt in der Haushaltssicherung bedeute Stillstand, der irrt. Denn trotz dieser schwierigen Lage investieren wir weiter – sinnvoll und mit Augenmaß.

Der größte Schwerpunkt liegt bei unseren Schulen. Allein hier investieren wir in den beiden Haushaltsjahren mehr als 26,5 Millionen Euro. Wir schaffen die Voraussetzungen für die dringend benötigte Erweiterung der Gesamtschule.

Wir investieren in die Holzmodulschule für Heimerzheim. Wir investieren in die Grundschulen in Buschhoven und Odendorf. Und wir investieren in die Sanierung der Turnhalle in Buschhoven. Das sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder.

Ein weiterer Schwerpunkt bleibt der Wiederaufbau. Für den Wiederaufbau sind in den Jahren 2027 und 2028 insgesamt rund 32,7 Millionen Euro eingeplant. Dazu gehören unter anderem die Erschließung des neuen Sportcampus in Odendorf sowie der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Heimerzheim.

Auch unsere Feuerwehr bleibt ein Investitionsschwerpunkt. Mehr als 8 Millionen Euro investieren wir in den Jahren 2027 und 2028 in Gebäude und

Fahrzeuge. Darüber hinaus investieren wir über 5 Millionen Euro in Umwelt-, Klima- und Starkregenschutzmaßnahmen.

Wer diese Zahlen betrachtet, erkennt: Wir investieren nicht trotz der Herausforderungen. Wir investieren gerade wegen der Herausforderungen. Denn ich will das man auch noch in 10 oder 15 Jahren gut und sicher in Swisttal leben kann.

Wenn Kommunen immer weniger gestalten und immer mehr verwalten müssen, dann leidet das Vertrauen in politische Entscheidungen. Nicht umsonst heißt es seit vielen Jahren: „Die Kommunen sind der Ernstfall der Demokratie.“ Genau deshalb dürfen wir diese Entwicklung nicht einfach hinnehmen.

An dieser Stelle möchte ich auch mit einem Missverständnis aufräumen, das in solchen Diskussionen immer wieder auftaucht. Oft wird gesagt: Dann spart doch bei den freiwilligen Leistungen. Die Realität sieht anders aus.

Die freiwilligen Leistungen machen in unserem Haushalt lediglich rund 1,4 Prozent aus. Selbst wenn wir diesen Bereich vollständig streichen würden – was niemand ernsthaft wollen kann –, würden wir die strukturellen Probleme unseres Haushaltes nicht lösen.

Wir würden aber etwas verlieren, das für unsere Gemeinde unverzichtbar ist. Denn hinter den freiwilligen Leistungen stehen keine abstrakten Zahlen. Dahinter stehen Kinder und Jugendliche. Dahinter stehen Familien, Vereine, Ehrenamtliche, kulturelle Angebote und Bildungsangebote.

Dahinter stehen die Zuschüsse für unsere Kindertagesstätten, ohne die viele Träger ihre wichtige Arbeit nur schwer aufrechterhalten könnten. Dahinter steckt die offene Jugendarbeit und die Zuschüsse an unsere Vereine, die Jugendarbeit betreiben oder wie die DLRG unser Schwimmbad betreuen, wenn es wieder offen ist. Wer dort kürzt, spart kein Geld.

Er greift an die Substanz unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Er greift an die Orte, an denen Gemeinschaft entsteht. Er greift an die Orte, an denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Haushalt ist kein Wunschhaushalt. Es ist ein ehrlicher Haushalt. Er beschreibt die Realität und verschweigt die Risiken nicht.

Aber er zeigt auch einen Weg auf. Wir werden konsolidieren, wo es notwendig ist. Wir werden sparen, wo es vertretbar ist. Und wir werden investieren, wo es unverzichtbar ist.

Fünf Jahre nach der Flut wissen wir in Swisttal besser als viele andere Gemeinden, was Zusammenhalt bedeutet. Wir wissen, dass schwierige Situationen bewältigt werden können. Wir wissen aber auch, dass Herausforderungen nur gemeinsam gemeistert werden.

Deshalb wünsche ich mir für die anstehenden Haushaltsberatungen eine sachliche, konstruktive und verantwortungsvolle Diskussion.

Mit Augenmaß.

Mit Verantwortungsbewusstsein.

Und mit dem gemeinsamen Ziel, unsere Gemeinde handlungsfähig zu halten.

Denn am Ende geht es nicht um Tabellen, Kennzahlen oder Prozentwerte.

Es geht um die Menschen in Swisttal.

Und genau dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.